

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Christine Kamm

Abg. Steffen Vogel

Abg. Doris Rauscher

Abg. Gabi Schmidt

Staatssekretär Johannes Hintersberger

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 12 bis 16** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung I - Anstellungsschlüssel in Kindertageseinrichtungen verbessern ([Drs. 17/10668](#))

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung II - Erhöhung des Gewichtungsfaktors für Kinder unter drei Jahren ([Drs. 17/10669](#))

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung III - Anstellungsschlüssel am Jahresmittelwert der Zahl der betreuten Kinder orientieren ([Drs. 17/10670](#))

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung IV - Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher durch feste Verfügungszeiten verbessern ([Drs. 17/10671](#))

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung V - Freistellung für Leitungsaufgaben ermöglichen (Drs. 17/10672)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 36 Minuten. Die Verteilung der Redezeit auf die einzelnen Fraktionen ist bekannt. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Antragspaket fordern wir mehr Qualität in den Einrichtungen, in denen unsere Kinder und unsere Kleinsten betreut werden. Mehr Qualität bedeutet dabei natürlich zwingend eine kindgerechte Personalausstattung für unsere Kitas und unsere Krippen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum wiederholten Male hat die Bertelsmann Stiftung dieser Tage festgestellt, dass der Personalschlüssel in den Kitas noch weit vom kindgerechten und pädagogisch sinnvollen Wert entfernt ist. So wird wissenschaftlich ein Schlüssel von 1 : 3 bei den Krippen und von 1 : 7,5 bei den Kitas empfohlen. Bayern ist davon weit entfernt. Mit dem durchschnittlichen Personalschlüssel von 1 : 3,9 bei den Krippen und von 1 : 9,1 bei den Kitas liegt Bayern noch weit hinter dem Durchschnitt der Bundesländer, sogar noch hinter dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer.

Während allgemein im Durchschnitt 7.227 Euro pro Kind für die Kindereinrichtungen investiert werden, sind es in Bayern derzeit nur 6.943 Euro. Mit unserem Antragspaket betreffend "Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung" haben wir daher die zentralen Forderungen einer Petition des Forums Bildungspolitik aufgegriffen. Diese Petition wurde im Ausschuss mit dem Votum "Würdigung" verbeschieden. Sie fordert einen Mindestanstellungsschlüssel von 1 : 9 bei den Kitas und von 1 : 4 bei den Krippen sowie eine Erhöhung des Gewichtungsfaktors für die Kinder unter drei Jahren von zwei auf drei. Durch bessere Freistellungsregelungen und feste Verfügungszeiten sol-

len des Weiteren die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und der Kita-Leitungen verbessert werden.

Wir unterstützen diese Petition. Sie sollte nicht nur vom Ausschuss der Staatsregierung zur Würdigung überwiesen werden, sondern es sollten tatsächlich Schritte zur Verbesserung der Situation eingeleitet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Personalentwicklung in unseren Kitas bleibt deutlich hinter den gestiegenen pädagogischen und auch sonst gewachsenen Aufgaben zurück. Der Stellenschlüssel ist der entscheidende Hebel zur Verbesserung der Situation. Wir fordern in einem ersten Schritt, in den Kitas von einem Schlüssel 1 : 11 auf einen Schlüssel 1 : 10 zurückzugehen. Das würde Kosten in Höhe von etwa 120 Millionen verursachen. Für die Kinder unter drei Jahren verlangen wir einen Mindeststellenschlüssel von 1 : 5 sowie eine Verbesserung des Gewichtungsfaktors. Das würde in etwa ein Volumen von 100 Millionen Euro ausmachen. Wir glauben, dass diese Beträge realistisch errechnet worden sind, Herr Kollege. Die Ausführungen, die Sie und die Staatsregierung im Ausschuss gemacht haben, haben uns veranlasst, vor der Sommerpause eine Große Anfrage zu den Grundlagen Ihrer seltsamen Berechnungen zu stellen.

Wir haben die Zahlen solide kalkuliert. Wir haben Ihnen auch ganz bewusst eine schrittweise Verbesserung der Situation empfohlen, weil wir nicht unrealistisch sein wollen. Wir machen jetzt bis 2019 den ersten Schritt, um dann den zweiten Schritt machen zu können. Sie lehnen aber alles ab. Sie bewegen sich auf dem eingefahrenen Gleis weiter. Mit Ihrer Argumentation kommen wir nicht weiter. Wir brauchen Schritte der Verbesserung. Von Ihren anschließenden Redebeiträgen erwarte ich eine Aussage dazu, wie Sie sich konkrete Verbesserungen vorstellen. Ein reines "Weiter so" ist nicht möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage an der Stelle auch: Das tatsächliche Betreuungsverhältnis in den Kitas fällt derzeit sogar noch ungünstiger aus, als es die Methoden zur Berechnung des Durchschnitts ergeben. Teamsitzungen, Elterngespräche und Fort- und Weiterbildung sind enorm wichtig. Sie kosten Zeit, werden aber beim Anstellungsschlüssel noch nicht berücksichtigt. In Bayern gibt es im Gegensatz zu anderen Bundesländern noch überhaupt keine verbindlichen Regelungen für die Freistellung von Kita-Leitungen. Die Tatsache, dass es für die Freistellung der Kita-Leitungen keine Vorgaben gibt, führt dazu, dass wenige Kita-Leitungen ganz oder teilweise freigestellt werden. Die Freistellung obliegt der alleinigen Entscheidung der Trägerschaft.

Die Erfüllung unserer Anträge würde einen großen Fortschritt und damit mehr Qualität in unseren Kitas bedeuten. Wir wollen in zwei Schritten eine Verbesserung erzielen und damit ein deutliches Zeichen an unsere Erzieherinnen und Erzieher senden, dass es sich lohnt, im Erzieherberuf zu bleiben. Die Rahmenbedingungen dieses Berufs sollen attraktiver ausgestaltet werden, sodass es sich wieder lohnt, Erzieherin oder Erzieher zu werden. Nur wenn wir das deutliche Zeichen aussenden, dass die Arbeitssituation in unseren Kitas verbessert wird, können wir mehr Personal gewinnen.

Meine Kolleginnen und Kollegen, wir fordern Sie auf: Verlassen Sie ausgetretene Argumentationspfade! Haben Sie den Mut zu einem ersten Schritt der Verbesserung! Ermöglichen Sie den Kitas und den Krippen mehr Qualität! Unsere Kleinsten sollten es uns wert sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kamm. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Kollege Vogel. Bitte sehr.

Steffen Vogel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, dass Sie das Thema Kinderbildung und -betreuung auf die heutige Tagesordnung gesetzt haben. Sie geben mir damit die Mög-

lichkeit, vonseiten der CSU-Fraktion herauszustellen, was in den letzten zehn Jahren in Bayern in der Kinderbildung und -betreuung bereits passiert ist.

Frau Kamm, Sie strengen sich sehr an, unser Land ständig schlechztureden. Die Fakten sprechen aber eine andere Sprache. Sie sagten vorhin, dass Bayern unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung kommen in Kinderkrippen deutschlandweit rund 4,3 Kinder auf eine Fachkraft, in Bayern hingegen nur 3,8. In Kindergärten kommen deutschlandweit rund 9,3 Kinder auf eine Fachkraft, in Bayern hingegen nur 8,8. Bayern steht bei der Kinderbetreuung besser da als der Bundesdurchschnitt. Deshalb entsprach das, was Sie vorhin gesagt haben, nicht den Tatsachen. Die Fakten sprechen eine andere Sprache.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist und bleibt das Familienland Nummer eins in Deutschland. In keinem anderen Bundesland wird ein Landeserziehungsgeld gezahlt. In keinem anderen Bundesland wird ein Landesbetreuungsgeld gezahlt. Trotzdem investieren wir kraftvoll in den Ausbau der Kinderbildungs- und -betreuungsstruktur. Die Zahl der Kinderkrippen hat sich seit 2005 verfünffacht. Die Zahl der Erzieherinnen und Erzieher ist seit 2005 um 86,6 % auf 44.000 gestiegen. Wir haben derzeit über 80.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Kindertagesstätten. Dies ist der höchste Stand, den es jemals in Bayern gab. Daraus ergibt sich insgesamt eine Steigerung an Ergänzungs Kräften und Fachkräften von 76,2 %. – Frau Kamm, Sie verheimlichen, dass Bayern der Bertelsmann Stiftung zufolge mit über 75 % den bundesweit mit Abstand höchsten Anstieg an pädagogisch tätigen Kräften in Kindertageseinrichtungen zu verzeichnen hat.

Bayern investiert kraftvoll in den Ausbau der Infrastruktur. Für den Ausbau der Kinderkrippen gab es Bundesmittel in Höhe von 450 Millionen Euro. Bayern hat knapp 930 Millionen Euro für den Ausbau der Kinderkrippen zu Verfügung gestellt. Kein anderes Bundesland hat auch nur annähernd so hohe Landesmittel bereitgestellt. Damit

haben wir Träger und Kommunen entlastet, wie dies kein anderes Bundesland getan hat.

(Zuruf: Nachholbedarf!)

Den bei Einführung des BayKiBiG zwingend vorgeschriebenen Anstellungsschlüssel von 1 : 12,5 haben wir zunächst auf 1 : 11,5 und dann auf 1 : 11 verbessert. Der durchschnittliche Anstellungsschlüssel liegt in Bayern bei mittlerweile 9,37. Damit liegt Bayern, wie ich schon vorhin ausgeführt habe, nicht unter, sondern über dem Bundesdurchschnitt. Zum Vergleich: Die Bertelsmann Stiftung hat als Faktor für Bayern 8,8, für Hessen 9,6, für Nordrhein-Westfalen 9,1 und für das Saarland 9,6 ermittelt. Deshalb darf ich Sie, Frau Kamm, bitten, bei der Wahrheit zu bleiben. Bayern ist nach der Bertelsmann-Studie nicht unterdurchschnittlich, sondern überdurchschnittlich.

(Beifall bei der CSU)

Kennen Sie übrigens das größte Phänomen der Bertelsmann-Studie? Welches Bundesland, glauben Sie, hat den schlechtesten Wert? Bayern hat einen Schlüssel von 1 : 8,8 und Mecklenburg-Vorpommern einen Schlüssel von 1 : 14,1. In keinem anderen Bundesland ist der Kind-Personal-Schlüssel schlechter als im Heimatbundesland unserer Bundesfamilienministerin. Deshalb fordert die Familienministerin auch bundeseinheitliche Qualitätsstandards. Das ist klar: Sie hat es daheim nicht fertiggebracht, und jetzt soll es der Bund regeln.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie war auch noch nicht Landtagsabgeordnete!)

Der Freistaat gibt den Trägern der Kindertagesstätten 1,4 Milliarden Euro als Betriebskostenzuschuss. Auch da ist der Freistaat vorbildlich. Ich frage Sie: Gibt es ein anderes Bundesland, das seine Kindertagesstätten, seine Gemeinden, seine Träger so unterstützt wie Bayern? Gibt es da eines? – Nein. Bei der Einführung des BayKiBiG lag der Basiswert bei 770 Euro. Er beträgt heute circa 1.100 Euro plus Qualitätsbonus. Das macht plus 1.140 Euro, das ist eine Erhöhung um 48 % seit 2006. Auf Initiative

der CSU-Fraktion haben wir zuletzt die Ankündigung der Elternentlastung rückgängig gemacht und das Geld stattdessen nach der Maxime "Qualität vor Kostenfreiheit" 1 : 1 den Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt. Damit stehen 126 Millionen Euro mehr seit 01.01.2015 zur Verfügung. Das war ein starkes Signal für unsere Träger, damit auch diese mehr in die Qualität investieren können. Kein anderes Bundesland unterstützt die Städte und die Gemeinden bei der Wahrnehmung dieser kommunalen Pflichtaufgabe so wie der Freistaat Bayern. Um die Qualität zu verbessern, wurde des Weiteren der Modellversuch für pädagogische Qualitätsbegleiter eingerichtet. Damit werden 80 neue Stellen von uns stark gefördert. Die pädagogische Arbeit in den Einrichtungen soll damit deutlich verbessert werden.

Die größte Herausforderung aber ist und bleibt der Fachkräftemangel. Die Bertelsmann-Studie, die man allerdings wegen ihrer Standards auch hinterfragen kann, sagt, es fehlen 107.000 Vollzeitkräfte. Jetzt kommt garantiert wieder: Bayern ist Schlusslicht. – Nein, Bayern ist nicht das Schlusslicht: Ich habe es durchgerechnet: Bayern belegt Platz fünf der 16 Bundesländer beim Personalbedarf. Das besagt, wir sind im vorderen Drittel und nicht irgendwo hinten und unterdurchschnittlich. Bitte lesen Sie diese Studie und rechnen Sie einmal ehrlich nach. Nordrhein-Westfalen steht schlechter da; andere Bundesländer haben sogar einen noch höheren Bedarf an Fachkräften als wir. Wir müssen die Rahmenbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher und die Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger verbessern, darin sind wir uns auch einig. Wir brauchen mehr Fachkräfte, da haben wir einfach einen Bedarf zwischen 5.000 und 6.000.

Wir haben deshalb die Ausbildungskapazitäten in den Fachakademien deutlich erhöht. Während es lange Zeit circa 2.000 Absolventinnen und Absolventen der Fachakademien gab, sind es mittlerweile 2.500. Die Zahl der Fachakademien wurde von 39 auf 53 erhöht. Es wurden Neun-Monats-Kurse eingeführt, mit denen man Ergänzungskräfte zu Fachkräften im Erziehungsdienst fortbilden kann. Wir haben die praxisintegrierte Ausbildung als Modellversuch auf den Weg gebracht, um die Ausbildung und den

Beruf interessanter zu machen. Parteiübergreifend muss man dabei feststellen, dass wir dem Fachkräftemangel sehr viel Engagement widmen und das Problem wirklich angehen.

Die Ministerin hat in ihrer Pressemitteilung im April deutlich gemacht, dass sie auch für bessere Rahmenbedingungen bei der Bezahlung ist. Sie hat sich für eine Aufwertung ausgesprochen. Das ist aber eine Sache der Tarifparteien. Der Freistaat Bayern hat jedenfalls das Signal gesendet, wenn die Tarifparteien eine deutliche Anhebung vornehmen, dann zieht der Freistaat Bayern mit und finanziert das selbstverständlich über höhere Betriebskostenzuschüsse und Förderungen. Damit stehen wir an der Seite der Erzieherinnen und Erzieher und für eine Verbesserung der Gehälter.

An diesen Zahlen, am Fachkräftemangel, kommen wir aber nicht vorbei. Deshalb müssen wir alle fünf Anträge ablehnen. Diese Forderungen in diesen Anträgen sind in der Praxis einfach nicht einzuhalten. Schon jetzt fehlen 5.000 bis 6.000 Erzieherinnen und Erzieher und Fachkräfte. In Bayern, vor allem in den Ballungsgebieten, stehen Einrichtungen leer, weil man das notwendige Personal nicht bekommt. Schon jetzt müssen Öffnungszeiten reduziert werden, weil man die für die Erfüllung der Fördervoraussetzungen notwendigen Anstellungsquoten nicht einhalten kann. Das ist schon jetzt der Fall. Der erste Antrag fordert beispielsweise, dass ab dem nächsten Kindergartenjahr 2016/2017 der Mindestanstellungsschlüssel von 1 : 11 auf 1 : 10 gesenkt werden soll. Nun kann man sagen, das sind mindestens 10% – –

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Doch, 1 : 10 wird als Mindestanstellungsschlüssel gefordert. Das führt aber dazu, dass man – und das ist sehr niedrig und pauschal gerechnet – 5 % mehr Personal braucht. Wir haben derzeit etwa 80.000 Erzieherinnen und Erzieher und Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger. Wenn wir 5 % mehr wollen – allein mit diesem Beschluss, der vom 1. September 2016 an gelten würde –, bräuchten wir 4.000 Fachkräfte mehr. So viele Fachkräfte mehr bräuchten wir mit diesem einzigen Beschluss. Erzählen Sie

doch bitte einmal dem Münchner Oberbürgermeister oder den Kommunalpolitikern vor Ort, wie sie diesen Fachkräftemangel bewältigen sollen.

(Beifall bei der CSU)

Das Schlimme ist, dass die Einrichtungen, wenn sie das nicht schaffen, die staatliche Förderung verlieren. Was wird die Konsequenz davon sein? – Die Einrichtungen werden nicht schließen, aber sie werden die Öffnungszeiten reduzieren. Das aber kann doch nicht im Sinne des Erfinders sein. Wir brauchen deshalb erst mehr Fachkräfte; dann können wir auch an den Anstellungsschlüssel heran.

(Beifall bei der CSU)

Der Gewichtungsfaktor U3 soll von derzeit 1 : 2 auf 1 : 3 geändert werden. Das bedeutet aber, dass der Gewichtungsfaktor um 50 % angehoben wird. Folglich brauchen wir, niedrig gerechnet, mindestens 30 % mehr Personal in den Kinderkrippen. Das ist doch vollkommen klar. Wo bekommen wir diese Fachkräfte her? – Viel Spaß dabei. Ich selbst bin der Vorsitzende eines Trägervereins. Schalten Sie doch einmal Anzeigen: Ab dem kommenden Herbst brauchen Sie so und so viele Erzieherinnen mehr. Wenn Sie die aber nicht bekommen, dann müssen Sie Betreuungsverträge kündigen, weil nämlich nicht das notwendige Personal zur Verfügung steht, das der Staat, also wir, vorgeben. Das kann doch nicht im Sinne des Erfinders sein.

(Beifall bei der CSU)

Nächster Punkt: mittelbare Verfügungszeit. Derzeit haben wir 44.000 Erzieherinnen und Erzieher. Jetzt fordern Sie eine Freistellung von 20 % für die mittelbare Tätigkeit. 20 %! Das heißt, wenn jemand 35 Stunden beschäftigt ist, sich aber ab September zu 20 % um die mittelbare Tätigkeit kümmern muss, dann verbringt er nur noch 27 Stunden mit dem Kind. Das bedeutet, wenn wir diesen Antrag beschließen, brauchen wir auf einen Schlag 20 % mehr Erzieherinnen und Erzieher. Viel Spaß bei der Umsetzung.

Die nächste Forderung ist die nach der Freistellung für Leitungsaufgaben. Ich selbst bin Träger. In Ihrem Antrag fordern Sie, ab 30 Vollzeitkontingenten komplett freizustellen und ab 15 halbtags freizustellen. Ich kenne eine Einrichtung, in der die Leitung schon jetzt halbtags freigestellt ist, obwohl sie nur 10 Vollzeitäquivalente an Stellen hat. In dem Moment, in dem wir so eine Forderung stellen, sagt sich doch der Träger: Hör mal zu, wenn der Freistaat Bayern sagt, maximal die Hälfte, und zwar erst ab 15 Vollzeitstellen, dann bist du bisher zu weit freigestellt worden, also reduzieren wir die Freistellung.

Ein anderer Aspekt. Meine Leitung sagt: Ich habe den Beruf nicht gewählt, um nur Bürokratie zu machen. Ich möchte auch weiterhin am Kind arbeiten. Ich möchte gar nicht freigestellt werden. Stellt lieber eine Verwaltungskraft an, die dann beispielsweise die Büroarbeit und die ganze Verwaltungsarbeit macht.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb wollen wir die Trägerautonomie, die Trägerverantwortung stärken. Wir wollen nicht mit staatlichen Regelungen vorgeben, wie der Kindergarten in Obertheres, in Forchheim oder sonst wo zu organisieren ist. Das wissen die Träger in eigener Verantwortung doch besser als wir hier im Plenum des Bayerischen Landtags.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben die BayKiBiG-Kommission. Sie hat sich am 8. Juli getroffen und soll einen Abschlussbericht mit konkreten Vorschlägen geben, was wir machen, um das BayKiBiG auch bürokratisch zu entlasten. Sie aber schreiben: So lange können wir nicht warten, wir müssen jetzt schon Beschlüsse fassen. – Wofür setzen wir eine Kommission ein, die sich zwei Jahre lang mit dem Thema befasst, wenn wir dann, kurz bevor die Ergebnisse veröffentlicht werden, bevor wir die Ergebnisse im Ausschuss diskutieren, schon Beschlüsse fassen? – Allein schon deshalb sind die Anträge abzulehnen. Wir wollen doch erst die Ergebnisse der Kommission abwarten. Ich halte es für res-

pektlos gegenüber den Fachkräften und den Trägern, wenn wir an den Ergebnissen der Kommission vorbei etwas beschließen. Wir warten deshalb ab.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist das Familienland Nummer eins. Wir haben das Landeserziehungsgeld, wir haben das Landesbetreuungsgeld. Wir haben kraftvoll, wie kein anderes Bundesland, in den Ausbau der Infrastruktur investiert. Wir investieren über die Betriebskostenförderung mehr als jedes andere Bundesland. Die jungen Familien in Deutschland wissen, wo die Chancen für junge Menschen im Land am größten sind. Wir haben gute Arbeitsplätze, wir haben gute Schulen, gute Universitäten, ein hohes ehrenamtliches Engagement und eine hohe Heimatverbundenheit. Wir haben auch die bestmögliche Kinderbildung und Kinderbetreuung. Bayern ist und bleibt das Familienland Nummer eins in Deutschland. Das wird auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, bitte bleiben Sie noch; denn Sie bekommen noch einmal zwei Minuten.

Steffen Vogel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr schön.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir haben nämlich eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Kamm. Bitte sehr.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vogel, ich hoffe, Sie können nachvollziehen, dass unsere Einrichtungen, unsere Eltern und auch wir nicht unbedingt bei jedweder Art der Verbesserung warten wollen, bis diese Kindertagesstättenkommission zu Ergebnissen kommt; denn die Kommission tagt nun schon seit zwei Jahren. Ich denke, es ist in Ordnung, wenn wir hier wenigstens erste Schritte aufzeigen. Wir verlangen auch nicht, dass Sie allen fünf Anträgen zustimmen.

(Michael Hofmann (CSU): Dann ziehen Sie Ihre Anträge zurück!)

Wir verlangen aber, dass Sie ein Zeichen setzen, in welcher Form Sie dieser Petition, zu der im Ausschuss einstimmig "Würdigung" beschlossen worden ist, nähertreten wollen, anstatt zu sagen, alles bleibt beim Alten.

Ich möchte noch etwas zu Ihren Hochrechnungen sagen. Es gibt einen Unterschied zwischen dem Mindestanstellungsschlüssel und dem durchschnittlichen Anstellungsschlüssel. Zwischen den einzelnen Einrichtungen gibt es doch erhebliche Unterschiede. Ich glaube – das wird auch die Antwort auf eine Anfrage noch zeigen –, dass das nicht ausschließlich ein Problem von Stadt und Umland oder von Stadt und Land ist. Einzelne Einrichtungen sind mit einem Schlüssel von 1 : 9 relativ gut ausgestattet sind, während andere nur knapp den Schlüssel von 1 : 11 erfüllen. Es gibt erhebliche Qualitätsunterschiede zwischen den einzelnen Kindertagesstätten. Das ist nicht sinnvoll. Vermischen Sie in Ihren Rechenbeispielen also nicht immer diese Zahlen, sondern zeigen Sie auf, wo es erste Verbesserungen geben kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte sehr.

Steffen Vogel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kamm, Sie haben fünf Anträge gestellt. Sie selbst beziffern den finanziellen Aufwand für den ersten Antrag mit 120 Millionen Euro. Das Sozialministerium hat auf Nachfrage im Ausschuss eine sehr detaillierte Berechnung angegeben, wonach der Antrag betreffend die Erhöhung des Gewichtungsfaktors für Kinder unter drei Jahren Kommunen und Freistaat 370 Millionen Euro kosten würde. Die 20-prozentige Freistellung von Erziehern würde 300 Millionen Euro kosten. Ihr Antragspaket hat ein Gesamtvolumen von circa 700 Millionen Euro. Das möchte ich nur einmal anmerken.

Das Nächste ist die Perspektive. Das A und O bei der Qualitätsverbesserung ist mehr Personal in den Einrichtungen. Wir stehen an der Seite der Träger und der Gemeinden. Wir können den Gemeinden und Trägern nicht hohe bürokratische Anforderungen in Form von Mindestanstellungsschlüsseln aufbürden und Vorgaben machen, die

sie nicht erfüllen können. Die Betreuungssituation würde sich dadurch sogar verschlechtern. Wir müssen gemeinsam Anstrengungen für mehr Erzieherinnen und Erzieher in Bayern unternehmen. Wenn wir mehr Personal zur Verfügung haben, können wir an die Qualitätsvorgaben herangehen.

Wir sehen am Anstellungsschlüssel – durchschnittlich beträgt er 1 : 9,3 –, dass die allermeisten Träger, die allermeisten Gemeinden, sehr verantwortungsvoll damit umgehen. Die Gemeinden wissen, dass Familienfreundlichkeit und eine gute Betreuungsstruktur ein Standortfaktor im Wettbewerb der Gemeinden um Köpfe sind. Deshalb akzeptieren sie defizitäre Verträge. Sie geben ihren Trägern freie Hand, weil sie eine Mustergemeinde mit einer guten Betreuungsstruktur sein wollen. Ein Defizit, das aufgrund eines besseren Anstellungsschlüssels entsteht, betrachten sie als Investition in die Zukunft der Gemeinde. – Die Gemeinden gehen sehr verantwortungsvoll damit um. Diese Autonomie der Träger wollen wir erhalten. Wir wollen die Träger nicht in eine Konfliktsituation bringen durch Vorgaben, die sie nicht erfüllen können, die die Betreuungssituation sogar verschlechtern würden.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Vogel. – Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Rauscher für die SPD. Bitte sehr.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Vogel, was war zuerst da: die Henne oder das Ei? – Die Diskussion heute hier und im sozialpolitischen Ausschuss kommt mir so ähnlich wie bei dieser Frage vor. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen ist erstrebenswert, aufgrund des aktuellen Fachkräftemangels aber nicht machbar. Ich sage Ihnen aber auch: Der Fachkräftemangel ist ohne Verbesserung der Rahmenbedingungen nicht zu beheben. Mit Ihrer Argumentation machen Sie es sich viel zu einfach. In der Diskussion geht es übrigens um die Verbesserung der Rahmenbedingungen nicht nur für das Personal,

sondern vor allem auch für die Kinder in den Kindertageseinrichtungen, für die Jüngsten, für deren Entwicklung und bestmögliche Förderung in diesem zarten Alter.

(Beifall bei der SPD)

Genau das wollen wir in den Diskussionen rund um das Thema Kindertagesbetreuung immer wieder in den Fokus stellen.

Wie die Rahmenbedingungen verbessert werden können, dazu macht die Opposition seit Beginn dieser Legislaturperiode, auch schon davor, Vorschläge. Ideen sind vorhanden, aufgegriffen werden sie von der Mehrheitsfraktion leider nicht. Von Ihnen gibt es nur Worthülsen. Sie produzieren nichts anderes als Worthülsen.

Heute liegen Anträge der GRÜNEN-Fraktion vor, die es in ähnlicher Form schon mehrfach auch vonseiten der SPD-Landtagsfraktion gegeben hat: auf Verbesserung des Anstellungsschlüssels, mehr Zeit für die individuelle Entwicklungsbegleitung der Jüngsten, Zeit für Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Inhalte, Zeit für Leitungs- und Organisationsaufgaben und Zeit für echte Erziehungspartnerschaft, die heutzutage einen besonders hohen Stellenwert einnimmt.

Kollege Vogel, im Bundesvergleich liegt Bayern ungeachtet all Ihrer schönen Zahlen und Berechnungen, die Sie gerade genannt haben, nicht an der Spitze, sondern nur im Mittelfeld. Bayern hat weit unten angefangen, Herr Vogel. Deshalb erscheinen die Zahlen sehr beeindruckend. Vergleichen Sie in der Debatte aber nicht Äpfel mit Birnen. Ich nenne einige Beispiele: Bei der Personalausstattung in Kinderkrippen liegt Bayern auf Platz sieben, bei der Personalausstattung in Kindergärten auf Platz sechs. Dabei ist gerade die Erzieher-Kind-Relation für die individuelle Begleitung der Kinder im Entwicklungsprozess wichtig. – Eine vollständige Leitungsfreistellung gibt es in Deutschland in rund 37 % aller Einrichtungen. Bayern liegt mit knapp 17 % der Kitas weit abgeschlagen zurück. Fast 10 % der bayerischen Einrichtungen haben ihren Leitungskräften keinerlei Zeitfenster für Verwaltungs- und Organisationsaufgaben eingeräumt. – Fast 20 % aller Arbeitsverhältnisse sind befristet, die pädagogischen Kräfte

sind enorm verunsichert; das sind rund fünf Prozentpunkte mehr als im Bundesdurchschnitt. Aus diesen Gründen verlassen pädagogische Fachkräfte ihr Berufsfeld.

Laut dem aktuellen Ländermonitor der Bertelsmann Stiftung fehlen für eine qualitativ hochwertige Bildung, Betreuung und Erziehung im Krippenbereich rund 4.200, im Kindergartenbereich fast 4.600 Vollzeitkräfte. Insgesamt würden also knapp 9.000 Kräfte nur zur Qualitätssteigerung in bereits bestehenden Einrichtungen benötigt. Darin sind überhaupt noch nicht die Kita-Kräfte eingerechnet, die wir in Bayern bräuchten, um den Bedarf an Kitas zu decken. Wir werden damit dem weiteren Ausbau auf rund 40 % noch lange nicht gerecht, und wir werden auch nicht dem Ausbau 20.000 weiterer fehlender Kita-Plätze gerecht.

(Beifall bei der SPD)

In diese Zahlen – das möchte ich an dieser Stelle auch anmerken – sind die fehlenden Erzieher und Erzieherinnen in der Kinder- und Jugendhilfe noch gar nicht eingerechnet; soviel zum Fachkräftemangel. Um dem Fachkräftemangel effektiv entgegenzutreten, braucht es aus meiner Sicht eine gute Datengrundlage; denn wir drehen uns in der Debatte immer wieder im Kreis: Wo fehlen heute wie viele Erzieher und Erzieherinnen, Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger? – Diese Frage hat mich umgetrieben. Deshalb habe ich letzte Woche eine Anfrage an die Staatsregierung gestellt mit dem wirklich ernüchternden Ergebnis: Die Staatsregierung weiß, dass sie es nicht weiß – Zitat –:

Diese Stellen werden nicht vom Staat, sondern von den Einrichtungsträgern vor Ort geschaffen.

Das ist durchaus gut, die Anstellungsverträge entstehen vor Ort. Das leuchtet natürlich ein. Ich war selbst Träger einer Kindertageseinrichtung.

Eine entsprechende Statistik besteht nicht, konkrete Zahlen hierzu liegen der Staatsregierung nicht vor.

Wie wollen Sie den Fachkräftemangel beheben, wenn Ihnen keine verlässlichen Zahlen vorliegen, wo Sie in Bayern wie viele Erzieherinnen und Erzieher bräuchten? – Dann wird argumentiert, aufgrund des Fachkräftemangels seien Verbesserungen bei den Rahmenbedingungen leider nicht möglich. – Das ist eine sehr abenteuerliche Herangehensweise, Herr Kollege Vogel und liebe CSU. Wo bleibt da die verantwortungsvolle Fach- und Personalsteuerung? Wie sollen wir in unseren Debatten weiterkommen, wenn uns nicht einmal eine genaue Analyse zu den blinden und weißen Flecken in Bayern vorliegt?

Der Fachkräftemangel in diesem Berufsfeld kann nur behoben werden, indem endlich die Rahmenbedingungen verbessert werden. Diese Verbesserungen werden natürlich Geld kosten. Investitionen in dieser Lebensphase unserer Jüngsten zahlen sich – darin sind wir uns alle einig – in jeglicher Hinsicht aus. Qualitativ hochwertige Bildung in der Kita legt – wie uns allen durchaus bewusst ist, nur die Umsetzung fehlt – den Grundstein für eine gute Entwicklung der Kinder, für den späteren Bildungserfolg und den zukünftigen sozioökonomischen Status, für eine größere gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung und zukünftig geringere Ausgaben auch in der Kinder- und Jugendhilfe. Nichts ist teurer als keine Bildung, sagte John F. Kennedy. Ich denke, das passt zur heutigen Debatte sehr gut.

Die Erhöhung der staatlichen Mittel für Kinder unter sechs Jahren ist daher ein längst überfälliger Schritt. Auch wenn Bayern die Mittel erhöht hat, liegt der Freistaat doch im bundesweiten Vergleich nicht an erster Stelle; denn wie mir das Sozialministerium vor Kurzem bestätigt hat, steht es auch um die Investitionen im Elementarbereich nicht zum Besten. 2014 – aktuellere Zahlen liegen nicht vor – hat der Freistaat Bayern im Bereich der frühkindlichen Bildungsangebote pro Kind unter sechs Jahren fast 300 Euro weniger ausgegeben als der Rest der Republik. Auch hier liegt Bayern nicht auf Platz 1, und das ausgerechnet in einem so sensiblen und wichtigen Altersbereich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn sich nicht endlich etwas verbessert, werden noch mehr Erzieherinnen und Erzieher das Berufsfeld verlassen, weil sie an den

Grenzen ihrer Belastbarkeit angekommen sind und weil es eben auch nicht ausreicht, ihnen zu sagen, dass sie doch eigentlich einen so erfüllenden Job machen. Bei mir häufen sich die Bitten um Verbesserungen, wie sie auch hier im Plenum und im Fachausschuss oftmals debattiert werden. Ich habe heute extra einmal den Stapel mit Postkarten mitgebracht. E-Mails und Anrufe gehen darüber hinaus permanent bei mir ein. Die Fachkräfte in den Kitas haben langsam die Nase voll. Ihre Forderungen sind immer wieder die gleichen, und sie werden hier im Hohen Haus immer wieder abgelehnt. Wir diskutieren über diese Dinge schon viel zu lange. Nun müssen wirklich Taten folgen. Wir können die Leute draußen in der Praxis nicht permanent weiter trösten, liebe CSU. Minister Söder hat gestern in einem anderen Kontext gesagt: Lassen Sie uns doch die Bürger mitnehmen. Ich sage heute: Lassen Sie uns die pädagogischen Fachkräfte in den Kitas mitnehmen. – Es wäre endlich Zeit.

Noch kurz zu den Anträgen der GRÜNEN-Fraktion. Wir werden uns bei der Abstimmung heute so wie im Fachausschuss verhalten. Wir stimmen den Anträgen bis auf den Antrag mit dem Jahresmittelwert auch heute grundlegend zu. Wir haben schon im Fachausschuss dargestellt, warum wir uns enthalten wollen. Da brauchen wir einfach noch ein bisschen Unterfütterung und ein Konzept, wie der Jahresmittelwert bei der Personalberechnung ermittelt werden könnte.

Am Schluss bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit. Ich hoffe, dass jede Debatte immer wieder dazu beiträgt, dass wir ein Stückchen weiterkommen. Ganz am Schluss bedanke ich mich kurz vor der Sommerpause, kurz vor dem neu beginnenden Kita-Jahr bei den pädagogischen Fachkräften in den Kitas, die jeden Tag die Stellung halten, obwohl sie es wirklich nicht leicht haben.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Für die Fraktion FREIE WÄHLER: Frau Kollegin Gabi Schmidt. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns mit diesem Thema ständig, Herr Kollege Vogel. Wir FREIEN WÄHLER sind auch der Meinung: Was zu einer Verbesserung führen kann, ist ein gutes Gespräch, und bei guten Gesprächen muss man über Fraktionsgrenzen hinweg ergebnisoffen bleiben.

Die Kollegin hat gerade von der Diskussion über Henne und Ei gesprochen, und Sie bringen den Vergleich mit anderen Bundesländern. Ich dachte, Bayern hat den Ehrgeiz und das Alleinstellungsmerkmal, sich nicht vergleichen zu müssen. Sie haben den Anspruch, immer die Besten zu sein. Den gesellschaftlichen Druck, eine sehr gute Kinderbetreuung zu haben, gibt es sicher bei jedem Träger, und da möchte jeder mitgehen. Aber außer Ablehnung kommt eigentlich nichts, und das ist doch sehr erschreckend.

Herr Kollege Vogel, Sie sagen, es gibt keine Erzieherinnen. Sie haben aber auch Lehrer eingestellt, die es nicht gibt. Da haben Sie die Zahl der Stellen auch um 1.000 erhöht, und dabei gibt es die Lehrer gar nicht. Man muss wenigstens einmal damit anfangen, die Stellen zu schaffen. Aber wir tun es nicht.

In der Praxis sieht es oft ganz anders aus. Der Wunsch und der Wille, das Personal aufzustocken und einen besseren Betreuungsschlüssel zu haben, sind da. Auch die Eltern – und viele in Ihrer Fraktion sind junge Eltern – haben garantiert lieber einen besseren Betreuungsschlüssel und würden dann auch mehr Kernzeit buchen. Selbstverständlich kann es nur dann zu einem guten Ergebnis kommen, wenn wir alle zusammenhelfen und den Anträgen zustimmen und wenn Sie das Ihre dazu tun und Ihre Erfahrungen einbringen. Sie lehnen aber jeden Antrag der Opposition ab.

Herr Vogel, entschuldigen Sie: Was das Betreuungsgeld und das Landeserziehungsgeld mit dem Betreuungsschlüssel für Kitas zu tun haben, weiß ich beim besten Willen nicht. Das ist ungefähr so, als würde ich zu meinen Kindern sagen: Ihr habt jetzt ein

Frühstück bekommen, und deshalb gibt es kein Abendessen und auch am Sonntag nichts. Ihr Vergleich hinkt unbeschreiblich.

Wir haben einigen Anträgen der GRÜNEN schon bei der Schaffung des BayKiBiG zugestimmt. Man hätte es von Anfang an anders machen können. Ich glaube auch, dass die Erziehung und die Prägung von Kindern keine Geldsache sein können. Es tut mir furchtbar leid. Sie wollen Geld für eine Startbahn ausgeben. Ich denke, eher würden unsere Kinder einen guten Start ins Leben verdienen.

Beim ersten Antrag gehen wir selbstverständlich mit. Die Kitas werden dadurch, wie ich gerade schon gesagt habe, für die Eltern noch attraktiver. Jeder von Ihnen, der Kinder in einer Kita hat, wird merken, dass oft jemand fehlt und die freie Spielzeit vielleicht länger ist, als Sie wollen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, von der wir die ganze Zeit reden, würde gestärkt. Ich weiß nicht, ob Sie das wollen; denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erzielt man nicht durch das Betreuungsgeld, sondern durch gute Kitas.

Ein Plus an Fachkräften wäre natürlich wünschenswert. Wir müssen diesen Wunsch und diese Forderung laut äußern, damit der Beruf wieder geschätzt wird und mehr in die Ausbildung gehen. Da müssen wir auch noch an den Ausbildungsprogrammen feilen.

Bei dem Antrag, zu dem noch geprüft wird, verhalten wir uns wie die Kollegin Rauscher. Da bitten wir, die Prüfung abzuwarten. Es ist auch absolut sinnvoll, die Kommunen zu entlasten. Wir müssen die Kommunen weiter entlasten, und der Freistaat muss im Bereich der Erziehung mitwirken. Das würde bei einem Gewichtungsfaktor wie im zweiten Antrag passieren. Er würde eine Entlastung für die Kommunen bedeuten.

Dem Antrag, die Verfügungszeiten zu verbessern, ist zuzustimmen. Die Leiterinnen haben Leitungsaufgaben und wollen sicher an den Kindern dran sein, Herr Vogel. Aber sie müssen doch auch Elterngespräche und Mitarbeitergespräche führen, in Zeiten der Inklusion Vernetzungen betreiben und Kontakte mit Schulen pflegen. Nur so

kann es funktionieren. Sie wollen für Ihre Fraktion sicher auch keine festen Verwaltungszeiten, und nur vor Ort zu sein wäre Ihnen sicher zu wenig. Der Vergleich mit einer Kita tut mir leid; aber vielleicht ist es in manchen Bereichen tatsächlich so. Die Eltern fordern auch, dass die Kita-Leitung für Gespräche zur Verfügung steht. Sie wissen auch – gerade Sie müssen das wissen –, wie lange es dauert, die BayKiBiG-Formulare auszufüllen, und das kann nur Aufgabe der Leitung sein. Wir FREIEN WÄHLER fordern schon immer und in jedem Haushalt eine Sockelfinanzierung der Kitas, damit solche Aufgaben erledigt werden können und kleine Kitas entlastet werden. Mit einer Ergänzung durch die von uns geforderte Sockelfinanzierung wäre der Antrag der GRÜNEN optimal.

Herr Vogel, im Ausschuss hat man manchmal das Gefühl, dass zwar die Diskussion ergebnisoffen ist, nur leider die Abstimmung nicht. Legen Sie den Ehrgeiz nieder, der Einäugige unter den Blinden zu sein. Sagen Sie lieber: Wir wollen voran. Bitte stimmen Sie auch ergebnisoffen ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen kleinen Moment noch, bitte. Ich erteile Herrn Kollegen Vogel das Wort zu einer Zwischenbemerkung. Bitte sehr.

Steffen Vogel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Schmidt, ich möchte Ihnen nur kurz erklären, was der Zusammenhang zwischen dem Landesbetreuungsgeld und der Kinderkrippensituation in Bayern ist.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Muss man das noch erklären?)

Bei der Diskussion über das Landesbetreuungsgeld wurde von der Opposition ständig dargelegt, wie schlimm die Situation in bayerischen Kinderkrippen sei. Deshalb ist es schon wichtig, auch einmal darzustellen, dass wir einerseits die Krippeninfrastruktur ausbauen und andererseits mit Betriebskostenzuschüssen fördern wie kein anderes Bundesland. Zusätzlich gewähren wir, um die Wahlfreiheit zu garantieren und zu ge-

währleisten, trotzdem noch Landesbetreuungsgeld. Das ist kein Entweder-oder, sondern ich habe klar dargelegt, dass für uns beides zusammengehört. Wir sind in beidem vorbildlich.

(Beifall bei der CSU – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Ja, Herr Vogel, danke!)

Das Nächste: Sie haben gesagt, mit dem Antrag II würden die Kommunen entlastet. Ich hoffe, Ihnen ist bekannt, dass die Hälfte der Finanzierung

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Aus den Kommunen kommt!)

immer über die Kommunen läuft. Deshalb ist für mich nicht so ganz nachvollziehbar, wie Sie zu der Aussage kommen, das würde die Kommunen entlasten. Wenn die Gesamtkosten über 700 Millionen Euro steigen, bedeutet das, dass die kommunale Ebene die Hälfte zu tragen hätte: 350 Millionen Euro. Das erklären Sie einmal Ihren Bürgermeistern bei den FREIEN WÄHLERN. So weit dazu.

(Beifall bei der CSU)

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Fangen wir mit Ihrem zweiten Punkt an, Herr Kollege Vogel. Wenn Sie unserer Sockelfinanzierung zustimmen, dann sind die Kommunen entlastet. Das wäre der nächste konsequente Schritt. Dann würde sich das ganz anders aufteilen. Für die Grundaufgaben brauchen wir eine Sockelfinanzierung – auch das lehnen Sie ja ständig ab. Daran hängt es schon.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Nächste: Entschuldigen Sie, Herr Vogel, aber wenn Ihr Betreuungsgeld eine Wahlfreiheit darstellen soll, dann hätten Sie dieselbe Summe noch einmal in die bayerischen Kitas und in die Erzieherinnenausbildung geben sollen.

(Zuruf von der CSU: 126 Millionen! – Weitere Zurufe von der CSU)

Da haben Sie nichts aufgestockt, überhaupt nichts. Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Erklärung, aber die Summen sind nicht gestiegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die Staatsregierung hat sich Herr Staatssekretär Hintersberger gemeldet. Bitte schön.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich hier in aller Kürze noch ein paar Aspekte ansprechen. Vorweg möchte ich sagen: Respekt, Herr Kollege Vogel, Sie haben wirklich die wichtigsten Aspekte genannt, dargestellt und richtig erläutert.

Erstens: Es ist unsere Überzeugung, und wir werden das auch mit aller Kraft deutlich machen, dass wir gerade für Kinder unter drei Jahren, für Kleinkinder bis zum 36. Lebensmonat mit dem Betreuungsgeld die Wahlfreiheit der Eltern ganz entscheidend fördern. Das lassen wir uns auch in keiner Weise irgendwie wegreden. Gleichzeitig, Frau Kollegin Rauscher, haben wir wesentlich mehr in eine gute, qualifizierte Betreuung und Bildung unserer Kleinkinder gesteckt. Insgesamt stellen wir, dies möchte ich noch einmal betonen, pro Haushaltsjahr 1,4 Milliarden Euro für unsere Zukunft bereit.

Zweiter Punkt, das möchte ich noch einmal grundsätzlich darstellen: Im Gegensatz zu der Situation im Kultusministerium ist der Freistaat Bayern, ist unser Haus nicht Träger dieser Einrichtungen, ist kein Träger von Kindertagesstätten oder Kinderkrippen. Die Träger sind ausschließlich im Bereich der Kommunen, der freien Träger und insbesondere der Kirchen zu verorten. Von daher können solche Vergleiche, wie sie hier mit allen möglichen Zahlenspielereien, hätte ich beinahe gesagt, dargestellt werden, grundsätzlich nicht vorgenommen werden. Hier besteht generell eine andere Grundsituation. – Ein weiterer Aspekt: Der Mindestanstellungsschlüssel von heute 1 : 11 ist eine planungssichere Grundlage, damit wir für unsere Träger eine wirklich qualifizierte frühkindliche Betreuung sichern. Wenn ich sage, dass der Mindestanstellungsschlüs-

sel dies garantiert, heißt dies, dass wir zum Beispiel aktuell für das Jahr 2015 im Jahresmittel einen Anstellungsschlüssel von derzeit 1 : 9,3 haben. Hier sehen wir auf der einen Seite die Planungssicherheit und auf der anderen Seite die flexible Haltung je nach Träger, je nach Struktur des einzelnen Einzugsbereichs.

Damit komme ich zum dritten Punkt, und dieser ist ganz entscheidend dafür, warum wir diese Anträge ablehnen. Ich halte überhaupt nichts davon, dass wir zusätzliche staatliche Vorgaben machen oder zusätzlichen bürokratischen Verwaltungsaufwand ansetzen, sondern das Gegenteil muss der Fall sein. Wir wollen – das wurde schon ein paar Mal gesagt –, dass der Verwaltungsaufwand zugunsten der Zeit am Kind noch wesentlich reduziert werden muss.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Daher darf ich heute wie angekündigt deutlich machen, dass wir dem sozialpolitischen Ausschuss im Herbst die Vorschläge der durch die Ministerin eingesetzten BayKiBiG-Kommission unterbreiten. Eines darf ich schon heute genau in diese Richtung sagen: Wir werden auf die Fehlzeitenregelung definitiv verzichten. Gerade dies ist ein wichtiger Punkt, um weniger Bürokratie und mehr Zeit am Kind zu ermöglichen.

Ein Letztes, meine Damen und Herren, und dies kommt bei der Bertelsmann-Studie leider überhaupt nicht zum Tragen, wurde vorhin aber von Herrn Kollegen Vogel erwähnt: In keinem anderen Bundesland wurden in den letzten zehn Jahren auch nur annähernd so viele pädagogische Fachkräfte zusätzlich ausgebildet und dementsprechend auch eingestellt und gefördert, wie es in Bayern mit über 80 % der Fall war.

Die Grundlage, der Basiswert – auch was den Basiswert von 2015 anbelangt – wurde mit insgesamt 126 Millionen Euro noch einmal deutlich erhöht: 63 Millionen Euro plus 63 Millionen Euro von den Kommunen; diese Zahl wurde heute schon genannt. Insofern wurden die Möglichkeiten gerade der Träger, der Kommunen dementsprechend erweitert.

Von daher, meine Damen und Herren, denke ich, wir sind uns nicht nur der Verantwortung bewusst, sondern werden die Zukunft unserer Kinder mit diesen großen Möglichkeiten ganz deutlich befördern, auch was die Wahlfreiheit der Eltern und ein qualifiziertes Angebot der Träger anbelangt. Wir wollen und werden für unsere Kinder eine bestmögliche Betreuung und die bestmögliche frühkindliche Bildung in unseren Einrichtungen gewährleisten.

Deshalb halten wir die Ansätze in den Anträgen – mehr Bürokratie und weniger Flexibilität – an dieser Stelle für falsch und empfehlen, diese dementsprechend abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen, zunächst Frau Kamm und dann Frau Rauscher. Frau Kamm, bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, ich denke, Sie machen es sich durchaus leicht, wenn Sie behaupten, diese Anträge seien Beiträge zur Steigerung der Bürokratie. Die unsinnige Fehlzeitenregelung war keine Erfindung der Landtagsopposition, sondern eine Erfindung Ihres Ministeriums aus der Zeit, bevor Sie in das Ministerium gekommen sind. Dieses Bürokratiemonster können Sie gerne entsorgen.

Wenn wir sagen, Gewichtungsfaktoren müssten von zwei auf drei verbessert werden, dann ist das kein Bürokratiemonster, sondern eine einfache Methode, um die wirkliche Situation in den Einrichtungen zu verbessern und um die Möglichkeit für die Einrichtungen zu schaffen, tatsächlich einen kindgerechten Anstellungsschlüssel in den Kinderkrippen zu gewährleisten. Auch eine Verbesserung des Stellenschlüssels bedeutet nicht mehr Bürokratie, sondern ist eine Bedingung, um die Qualität zu verbessern. Ich hoffe, dass im Herbst entsprechende Vorschläge von der Staatsregierung dazu kommen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte schön.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Das sind keine neuen Aspekte, Frau Kollegin Kamm. Ich verstehe auch nicht, dass Sie immer wieder den Aspekt der mittelbaren Arbeitszeit ansprechen. Teamgespräche oder Elterngespräche werden sehr wohl in die Arbeitszeit und in die Anstellungsschlüssel einbezogen. Es ist schlichtweg falsch, was Sie sagen. Ansonsten ist das auch in Relation zum Fachkräftemangel – dies ist heute mehrfach dargestellt worden – zu sehen. Alles andere sind theoretische Luftballons. Mit uns ist das nicht zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Dann Frau Rauscher. Bitte schön.

Doris Rauscher (SPD): Herr Hintersberger, ich habe drei Punkte. Der erste Punkt betrifft die mittelbare pädagogische Arbeitszeit. Es stimmt, dass sie laut BayKiBiG im Anstellungsschlüssel eingerechnet ist. Wenn man die aber herausrechnet, sind wir ganz schnell bei einem Anstellungsschlüssel von 1 : 17 oder 1 : 18. Das ist der Schlüssel für die Arbeit am Kind. Das erwähne ich, um das BayKiBiG zu hinterfragen.

Zum Thema Bürokratieaufwand bzw. Bürokratieabbau. Wenn wir wirklich Bürokratie abbauen wollten, dann müssten wir das BayKiBiG wieder aufschnüren; denn seit der Einführung des BayKiBiG ertrinken die Kitas und die Träger in Bürokratie.

Zum Dritten wollte ich etwas nachfragen, weil Sie gerade die Fehlzeitenregelung angesprochen haben. Wir haben damals den Antrag eingebracht, die Fünf-Tage-Regelung abzuschaffen. Dann wurde sie ausgesetzt. Ich würde ganz gern verbindlich hören, ob die Fehlzeitenregelung definitiv komplett vom Tisch ist. Die Argumentation war immer, dass diese als qualitätssichernde Maßnahme eingeführt wurde, auch hinsichtlich der Gefährdung des Kindeswohls usw. Gibt es irgendeinen Ersatz dafür? Welches Kontrollinstrument soll es geben? Ist das einfach abgeschafft? Öffnen wir damit nicht vielleicht Tür und Tor für eine Entwicklung nach unten?

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Frau Kollegin, um es noch einmal zu sagen: Es ist ein erster Punkt, den ich vorweg nenne, auch in Abstimmung mit meiner Ministerin, dass wir die Fehlzeitenregelung und die gesamten entsprechenden Dokumentationspflichten usw. abschaffen. Alles andere, zum Beispiel wie das im Weiteren einbezogen werden kann, ist Thema des Berichts der Kommission, der im Herbst im sozialpolitischen Ausschuss in allen Einzelheiten dargestellt werden soll. Ihre Aspekte sind demzufolge auf dem Schirm und werden entsprechend eingespeist.

(Beifall der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt die Ablehnung der Anträge. Zwischen den Fraktionen wurde vereinbart, dass wir über die Anträge insgesamt abstimmen und der Abstimmung die Voten des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration zugrunde legen. Wer also mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion in dem vorgenannten federführenden Ausschuss einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten, und die Anträge sind abgelehnt. Die Tagesordnungspunkte 12 bis 16 sind damit erledigt.

Ich habe jetzt das Ergebnis der zwei vorangegangenen namentlichen Abstimmungen. Zunächst zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/12612 der Abgeordneten Rinderspacher, Güll, Wild und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Jetzt G9 umsetzen – keine halben Sachen mehr!". Mit Ja haben 51 Kolleginnen und Kollegen ge-

stimmt, mit Nein 103, keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Zacharias, Halbleib, Fehlner und anderer (SPD) betreffend "Reform des Kulturfonds: Mehr kulturelle Vielfalt fördern", Drucksache 17/11103: Mit Ja haben 67 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 85, eine Stimmenthaltung. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)